

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Gewalt und Extremismus an Schulen entschlossen entgegentreten – Landesregierung muss klare Meldewege, wirksame Prävention und konsequente Intervention sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Rückmeldungen über eine deutliche Zunahme von Gewalt sowie von extremistischen Vorfällen und Diskriminierungen an Schulen im Saarland und bundesweit sind alarmierend. Laut einer Umfrage des Deutschen Schulportals berichten fast die Hälfte der Lehrkräfte von Problemen mit körperlicher oder psychischer Gewalt an ihrer Schule. Auch im Saarland berichten Lehrkräfte von dieser Tendenz und einer generell höheren Gewaltbereitschaft unter Schülerinnen und Schülern.

Gewalt an Schulen ist längst kein Randphänomen mehr. Sie betrifft Schülerinnen und Schüler untereinander ebenso wie Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulsozialarbeit und weiteres schulisches Personal. Sie zeigt sich in körperlichen Übergriffen, Bedrohungen, Beleidigungen, psychischer Gewalt, Mobbing und Cybermobbing. Schule muss ein sicherer Lern- und Arbeitsort bleiben.

Das DGUV-Barometer Bildungswelt 2024 legt den Fokus auf das Thema Gewalt unter Schülerinnen und Schülern. 56 % der befragten Lehrkräfte erkennen eine Zunahme psychischer Gewalt, 44 % eine Zunahme körperlicher Gewalt seit der Pandemie.

Zudem ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts forsa im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), dass in den letzten fünf Jahren an 72 % der Schulen in Deutschland psychische und an 29 % physische Gewalt gegen Lehrkräfte auftraten. Ein Drittel der Schulleitungen berichtete von Fällen von Cybermobbing gegenüber Lehrkräften.

Der Saarländische Lehrerinnen- und Lehrerverband (SLLV) bestätigt diese Tendenzen auch für das Saarland. So häuften sich laut SR-Berichterstattung insbesondere an Grundschulen Fälle psychischer Gewalt gegen Lehrkräfte durch Eltern.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist ebenfalls eine besorgniserregende Entwicklung auf. Doch sie bildet nur das Hellfeld ab – also die zur Anzeige gebrachten Straftaten.

Die zuletzt öffentlich bekannten schulbezogenen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Saarland zeigen bereits für das Jahr 2024 eine deutliche Problemlage: Im Zusammenhang mit Schule wurden 1.101 Straftaten erfasst, darunter 342 Körperverletzungen. Diese Zahlen bilden nur das Hellfeld ab und machen deutlich, dass das Saarland endlich eine systematische, fortlaufende und aussagekräftige Erfassung von Gewaltvorfällen an Schulen braucht.

Auch bundesweite Zahlen bestätigen den Handlungsdruck. Nach einer im April 2026 bekannt gewordenen Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden Lehrkräfte in Deutschland im Jahr 2024 beispielsweise in 1.283 Fällen Opfer vorsätzlicher einfacher Körperverletzung. Bei schwereren Gewaltdelikten gegen Lehrkräfte wurden 557 Fälle registriert.

Bereits im vergangenen Jahr wurde in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Medien vom 2. Juni 2025 eindrücklich deutlich, dass ein erheblicher Teil der Gewaltvorfälle ungemeldet bleibt – aus Angst, aus Unsicherheit oder wegen fehlender Rückhaltstrukturen. Vertreterinnen und Vertreter aus Schulen, Jugendhilfe, Polizei, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft haben konkrete Handlungsbedarfe benannt.

Dass diese Probleme weiterhin nicht ausreichend aufgearbeitet wurden, zeigt, dass die Landesregierung die Dringlichkeit der Lage nicht ernst genug nimmt. Die Fachpraxis hat gewarnt, die Defizite sind bekannt. Dennoch fehlen bis heute eine belastbare Gesamterfassung, klare Meldewege, verbindliche Interventionsstrukturen und eine wirksame Unterstützung der Schulen. Auch der Wegfall strukturierter Präventionsarbeit durch die Auflösung des Landesinstituts für Präventives Handeln (LPH) wurde deutlich kritisiert. Es mangelt an zentralen Koordinierungsstellen, abgestimmten Interventionswegen sowie verbindlichen Schnittstellen zu Polizei, Jugendhilfe, Schulaufsicht und weiteren Präventionsakteuren. Entsprechende Forderungen werden von Lehrerverbänden wiederholt erhoben, zuletzt etwa beim Berufsbildungstag der GEW.

Wer Gewalt, Bedrohungen oder extremistische Vorfälle meldet, braucht verlässliche Rückendeckung. Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie weiteres schulisches Personal müssen wissen, an wen sie sich wenden können, welche Schritte folgen und dass sie in Konflikt- und Bedrohungslagen nicht allein gelassen werden. Einzelne Nachbesserungen ersetzen keine tragfähige Gesamtstrategie.

Auch die Verbreitung extremistischer Tendenzen an Schulen nimmt zu. Verfassungsfeindliche Parolen, antisemitische Beleidigungen und rassistische Ausgrenzungen, aber auch Diskriminierungen aufgrund des Geschlechtes, der Religion oder der sexuellen Identität sind in vielen Klassenzimmern längst keine Einzelfälle mehr und oft auch Auslöser von Gewalthandlungen. Im Kontext von Gewalt an Schulen müssen auch extremistische Tendenzen erfasst werden.

Antisemitismus muss dabei besonders klar benannt werden. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Saarland dokumentierte für das Jahr 2025 insgesamt 57 antisemitische Vorfälle im Saarland. Zwar liegt die Zahl unter dem Vorjahreswert von 95 Vorfällen; RIAS spricht jedoch ausdrücklich nicht von einer Entspannung, sondern von einer Stabilisierung auf erhöhtem Niveau seit dem 7. Oktober 2023. Sieben Vorfälle wurden in Bildungseinrichtungen dokumentiert, davon fünf an Schulen.

Dies zeigt: Antisemitismus, israelbezogene Hetze, extremistische Ideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind auch im schulischen Kontext reale Herausforderungen. Gewaltprävention an Schulen muss deshalb Antisemitismusprävention, Extremismusprävention, Demokratiebildung, Opferschutz und konsequente Intervention zusammendenken.

Frühzeitige Gewalt- und Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Gewalt und extremistische Tendenzen an Schulen sind nicht isolierte Phänomene, sondern Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Schulen sind ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und bilden junge Menschen nicht nur fachlich, sondern auch sozial und werteorientiert aus. Gerade deshalb kommt der frühzeitigen Prävention eine Schlüsselrolle zu: Sie schützt nicht nur direkt betroffene Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, sondern trägt zur Stabilität und Sicherheit des gesamten gesellschaftlichen Miteinanders bei.

Frühzeitige Präventionsmaßnahmen fördern das soziale Lernen, stärken demokratische Werte und verhindern, dass Gewalt oder extremistische Ideologien Fuß fassen. Besonders im Hinblick auf Radikalisierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die zunehmende Verbreitung extremistischer Narrative über soziale Medien ist es unerlässlich, frühzeitig gegenzusteuern.

Effektive Prävention muss auf mehreren Ebenen ansetzen:

- Individuelle Ebene: Förderung von Resilienz, sozialer Kompetenz und Konfliktlösungsstrategien bei Kindern und Jugendlichen, um Gewaltbereitschaft zu senken und Radikalisierung vorzubeugen.
- Schulebene: Schaffung eines gewaltfreien Schulklimas durch klare Regeln, Schutzkonzepte und Anlaufstellen, die bei Problemen frühzeitig eingreifen.
- Gesellschaftliche Ebene: Stärkung demokratischer Werte, Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und Vernetzung mit Akteuren aus

Justiz, Polizei und Sozialarbeit, um langfristige Präventionsstrategien zu etablieren.

Gewaltprävention, Extremismusprävention und Antisemitismusprävention müssen dort zusammengedacht werden, wo Gewalt, Bedrohung, Ausgrenzung und verfassungsfeindliche oder menschenfeindliche Einstellungen ineinandergreifen. Entscheidend ist, Probleme früh zu erkennen, Betroffene zu schützen, Schulen handlungsfähig zu machen und konsequent zu intervenieren.

Wir fordern deshalb ein klares Konzept gegen Gewalt und Extremismus an Schulen. Wir fordern deshalb ein klares Gesamtkonzept gegen Gewalt und Extremismus an Schulen – statt gut gemeinter Einzelmaßnahmen und punktueller Projekte. Um diesen Missständen entgegenzuwirken, braucht es eine umfassende Neuausrichtung der Präventions- und Interventionsstrukturen. Diese darf nicht nur auf Vorfälle reagieren, sondern muss proaktiv auf die Ursachen von Gewalt und Extremismus eingehen. Dabei sind folgende Maßnahmen entscheidend:

1. Umfassende statistische Erfassung und Dunkelfeldanalyse

Die Einführung einer detaillierten statistischen Erfassung von Gewalt- und Extremismusvorfällen an Schulen ist unerlässlich. Das Ministerium für Bildung und Kultur muss nicht nur die gemeldeten Vorfälle dokumentieren und aufarbeiten, sondern auch eine Dunkelfeldforschung beauftragen, um das Ausmaß ungemeldeter Taten sichtbar zu machen. Eine solche umfassende Datenerhebung ist entscheidend, um das tatsächliche Ausmaß der Probleme zu erkennen und bildet die grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung wirkungsorientierter Konzepte. Hierzu bedarf es der Zusammenarbeit mit Schulen, Polizei und sozialen Einrichtungen, um eine möglichst umfassende und vergleichbare Erhebung sicherzustellen.

2. Frühzeitige Prävention, spezialisierte Strukturen und Ausbau psychosozialer Anlaufstellen

Mit der Auflösung des Landesinstituts für Präventives Handeln (LPH) ging ein erheblicher Abbau der Präventionsstruktur im Land einher, ohne dass neue, funktionale Strukturen geschaffen wurden. Laut Landespräventionskonzept, Stand 24.11.2023, ist das Ministerium für Bildung und Kultur (MBK) unter anderem für Suchtprävention, Gewaltprävention, die Erstellung von Schutzkonzepten für Schulen sowie die Aus- und Fortbildung schuleigener Krisenteams zuständig. Die Rückmeldungen aus den Schulen zeigen jedoch, dass das bestehende Angebot nicht annähernd dem früheren Niveau entspricht. Insbesondere die Bündelung unterschiedlicher Professionen sowie die Vernetzung mit Polizei und weiteren Partnern, wie sie das LPH bot, werden bislang nicht aufgefangen. Gerade bei den Schutzkonzepten fehlt den Schulen ein klarer Rahmen. Es ist daher zwingend notwendig, dass die Landesregierung diese weggebrochene Säule der Prävention endlich aufarbeitet, die Präventionsarbeit neu strukturiert und die Verzahnung insbesondere mit der Polizei professionalisiert.

Zudem fehlen den Schulen klare, zugängliche Anlaufstellen, bei denen Schülerinnen und Schüler, Eltern oder Lehrkräfte Hilfe suchen können. Erforderlich ist eine zentrale Anlaufstelle für Schulen, die eine enge Kooperation zwischen Polizei, Bildungseinrichtungen und anderen relevanten Akteuren ermöglicht. Diese müssen mit ausreichendem Personal ausgestattet sein, das mit den jeweiligen Konflikten und Problemen umgehen kann.

3. Lehrkräfte und Schulen gezielt unterstützen

Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind die ersten Ansprechpartner bei Gewalt- oder Extremismusvorfällen und müssen besser auf diese Herausforderungen vorbereitet werden. Ihre Aus- und Fortbildung in diesen Bereichen muss verstärkt werden, damit sie frühzeitig Anzeichen erkennen und angemessen reagieren können; dies umfasst auch den sicheren Umgang mit Antisemitismus, Radikalisierungsanzeichen und digitaler Gewalt, Deeskalation sowie die rechtssichere Dokumentation von Vorfällen. Gleichzeitig braucht es eine gezielte Ressourcenverteilung auf Basis einer umfassenden Datenerhebung. Schulen mit besonders hoher Gewalt- oder Extremismusproblematik müssen durch wirksame Unterstützungssysteme begleitet werden, etwa durch verstärkte Schulsozialarbeit und eine enge Kooperation mit Polizei, lokalen Ordnungsdiensten und der Jugendhilfe. Wer Vorfälle meldet oder zur Anzeige bringt, braucht klare Verfahren, rechtliche Sicherheit und Rückendeckung.

4. Konsequente Ahndung von Gewalt und Extremismus

Es darf keine Toleranz gegenüber Gewalt, diskriminierenden und extremistischen Äußerungen an Schulen geben. Alle Vorfälle müssen konsequent verfolgt und geahndet werden, um ein klares Signal zu setzen, dass solche Handlungen in keiner Form akzeptiert werden. Eine transparente und systematische Dokumentation dieser Vorfälle ist notwendig, um gezielte Handlungsmaßnahmen zu entwickeln.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

- Eine umfassende statistische Erfassung von Gewalttaten und Extremismusvorfällen in den Schulen durchzuführen und eine Dunkelfeldanalyse zu beauftragen.
- Eine effektive Struktur der Präventionsangebote neu aufzusetzen und die Vernetzung der Institutionen und Akteure sicherzustellen.
- Eine Überarbeitung des aktuellen Landespräventionskonzeptes zu veranlassen und eine stärkere Einbindung der Polizei in die Gewaltprävention an Schulen zu prüfen.
- Schulpsychologie und Schulsozialarbeit zielgerichtet auszubauen und psychosoziale sowie schulische Anlaufstellen zu stärken.
- Lehrkräfte besser zu unterstützen, sei es durch passgenaue Fortbildungen oder schnelle Rückmeldestrukturen.

- Verbindliche Melde-, Beratungs- und Unterstützungsverfahren für Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulsozialarbeit und weiteres schulisches Personal bei Gewalt-, Bedrohungs- und Extremismusvorfällen zu schaffen und deren Anwendung an allen Schulen sicherzustellen.
- Eine konsequente Ahndung von Gewalt und Extremismus an Schulen sicherzustellen und das Schulordnungsgesetz entsprechend anzupassen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.